„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. Oktober 1925 | 16 Seiten | Nummer 50

Canada am Scheideweg

Bourassa und die Rechte der nationalen Minderheiten

Meighens Ruf nach allgemeinem Schutzzoll.

Regina. — Der Wahlkampf ist nun in vollem Gang. Trotzdem kann man aber nicht von einem besonders lebhaften Interesse der Bevölkerung sprechen, wenigstens soweit die Provinz Saskatchewan in Frage kommt. Die Versammlungen der großen Parteiführer sind natürlich stark besucht, weil viele schon aus reiner Neugierde sich dazu einfinden, um dann mehr oder minder enttäuscht wieder abzuziehen. Dem gegenwärtigen Wahlkampf fehlt die zugkräftige Parole, fehlt die politische Sensation. Die in die Debatte geworfenen „issues" sind bei früheren ähnlichen Gelegenheiten schon nach allen Noten der Kunst ausgedroschen worden, sodaß nunmehr nur noch leeres Stroh zurückbleibt. Wir geben gerne zu, daß solche Fragen wie Schutzzoll oder Freihandel, wie vermehrte oder verminderte Einwanderung, wie Senatsreform, nationale Eisenbahnen, Hudsons Bay-Bahn, Finanzreform und Wirtschaftspolitik von grundlegender Bedeutung für den Wiederaufbau eines erstarkenden und aufblühenden Canada sind. Doch die Canadier erwarten von den kommenden Männern mehr als Worte und Versprechungen, sie erwarten ein entschlossenes Handeln zum Wohle des Ganzen.

Die Leser des „Courier" wissen, nach welchen Gesichtspunkten wir uns zu den nationalen Problemen einstellen. Sie wissen auch, daß wir nie davor zurückschreckten, unsere Meinung hinsichtlich der notwendigen bürgerlichen Gleichberechtigung unserer eigenen Stammesgenossen unverhohlen zum Ausdruck zu bringen. Wir haben bis jetzt noch nichts davon erfahren, daß einer der politischen Führer des Landes es der Mühe wert befunden hätte, auch nur mit einigen Worten an die Tatsache zu erinnern, daß im Westen eine große Masse von Menschen und Bürgern nichtbritischer Herkunft lebt und wirkt. Der einzige führende Kopf in Canada, der in diesem Wahlfeldzug sich wie in früheren Jahren für die unleugbaren Rechte der nationalen Minderheiten einsetzt, ist der unabhängige Kandidat für den Quebecer Wahlkreis Labelle, Herr Henri Bourassa, über den unsere Leser schon Näheres erfahren haben. Die Unerschrockenheit, mit der dieser Französisch-Canadier die Interessen der stiefmütterlich behandelten „Foreigners" verficht, verdient unsere aufrichtige Dankbarkeit und unsere herzlichste Anerkennung. Mit vollem Recht betont er, daß die Eingewanderten ihr ganzes Sinnen und Trachten dem Wohle Canadas widmen sollten. Doch wie kann in ihnen die rechte Lust und Liebe dazu erwachen, wenn sie täglich mitansehen müssen, wie man das angelsächsische Element überall zum Nachteil aller fremdgeborener Pioniere und ihrer Söhne bevorzugt? Wie soll die „Assimilation" — von der man besser weniger sprechen würde — sich vollziehen, wenn man von den „Neucanadiern" zwar verlangen will, daß sie sich in Sprache, Sitte und Denkweise „anglisieren sollen," wenn man aber nicht einmal den „Assimilierten" und „Anglisierten" die volle Gleichberechtigung mit den anderen Canadiern zugestehen will? Canada sollte in jeder Provinz einen Bourassa haben, der die innere Einigung Canadas auf dem Wege über Freiheit und Gerechtigkeit für alle Bürger dieses Landes erstrebt.

Wie wenig die Achtung vor der deutschen Minderheit noch in den Köpfen gewisser Herren verankert ist, **sagt der redaktionelle Artikel auf der Seite 2 dieser Ausgabe.** In derselben konservativen Versammlung im Stadium zu Regina sprach auch der Führer jener Partei, Arthur Meighen. Er bekannte sich frank und frei zu einer verschärften Schutzzollpolitik. Er, wie auch andere Redner beriefen sich dabei auf das Vorgehen anderer Staaten. Wir haben schon in einem früheren Courieraufsatz auf die Unhaltbarkeit dieser Begründung hingewiesen. Jedes Land hat andere natürliche Vorbedingungen und andere Wirtschaftsformen. Canada ist ein überwiegend agrarisches Land und muß dieser Tatsache Rechnung tragen. Welchen Sinn soll da ein Vergleich mit Deutschland haben, das wieder zu einer starken Schutzzollpolitik übergegangen ist? Aber wohlgemerkt, auch nur probeweise auf zwei Jahre! Deutschland ist heute überwiegend Industriestaat. Seine Landwirtschaft produziert größtenteils für den inländischen Bedarf und muß gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden, weil die Agrarerzeugung infolge der notwendigen künstlichen Düngung, infolge der erforderlichen intensiven Wirtschaft, infolge des Ueberwiegens der kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe viel kostspieliger ist als in überseeischen Gebieten wie Canada, Argentinien usw. Auch die deutsche Industrie bedarf des Schutzes, um auf dem einheimischen Markt nicht durch irgend welche ausländische Schleuderkonkurrenz aus dem Felde geschlagen zu werden. Ist es nicht ganz grober Stimmenfang, wenn man einen so feingegliederten Wirtschaftsorganismus wie den deutschen mit dem erst in der Entwicklung stehenden canadischen Wirtschaftsleben vergleichen will? Dasselbe gilt auch von dem häufig angewandten Vergleich zwischen Canada und den Ver. Staaten. Die Ver. Staaten sind dank ihrer reichen Naturschätze in der glücklichen Lage, daß sie im Falle eines

(Fortsetzung auf Seite 5)

Winnipeger C.N.-Zug entgleist

16 Passagiere und 2 Eisenbahner verunglückt

Winnipeg. — Am Montag früh entgleiste der C. N.-Personenzug Nr. 3 in der Nähe von Ituna, Sask. Dabei wurden 16 Reisende und 2 Eisenbahner verletzt. Die Passagierwagen erster und zweiter Klasse sowie der Expreßwagen stürzten um und fielen den Abhang hinunter. Auch der Schlafwagen entgleiste, blieb aber stehen. Die Untersuchung ergab, daß eine Schiene gebrochen war, doch nimmt man an, daß dieser Bruch erst beim Umstürzen der Waggons erfolgte.

Die Verletzten sind: James Scroggie, Victoria, B.C.; J. Grawverge, Melville; K. Babuck, Winnipeg; F. Koff, Melville; W. Popouch, Winnipeg; L. Bingham, Watrous; R. Lewil, Sprucefield, Alta.; L. Grebinski, Winnipeg; A. Frederickson, Winnipeg; J. Canaugh, Winnipeg; L. Leib, Lipton, Sask.; W. Bilorsiuk, Melfort; K. Bartho, Melville, Sask.; T. Nikaluk, Winnipeg; H. Mitchell, Lipton, Sask.; A. Poranski, Jasmin, Sask.; R. J. Dallas, Kondukteur und J. R. Thorndyke, Bremser.

Die genaue Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Die meisten Verletzten trugen Quetschungen davon und konnten die Reise fortsetzen. Nur zwei Reisende und der Kondukteur mußten in das Hospital nach Melville verbracht werden. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Auch die unverletzten Zugbeamten sorgten für die Verletzten.

Durch das Unglück hatte der Zug Nr. 4 acht Stunden Verspätung.

Selbstmord und österreichische Finanzkontrolle

Wien, 17. Okt. — Einen Zettel zurücklassend, er sei durch die Ankündigung seiner Entlassung zur Verzweiflung getrieben worden, beging Leopold Wohlmann, der Kammerdiener von Dr. Alfred Zimmermann, Liga-Oberkommissar der österreichischen Finanzen, Selbstmord durch das Einatmen von Gas.

Das Vorkommnis wird hier als Bestätigung der Gerüchte aufgenommen, Dr. Zimmermann werde Oesterreich demnächst verlassen. Das hätte das längst ersehnte Ende der Ligakontrolle über Oesterreichs Finanzen zu bedeuten.

Ein neuer Schritt zum europäischen Frieden.

Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten.

Nach der Sicherheitskonferenz in Locarno.

Locarno, Schweiz, 17. Okt. — Die deutsche Regierung hat offiziell erklärt, daß sie sich mit dem westeuropäischen Sicherheitspakte, wie er auf der Konferenz hier verabredet wurde, einverstanden erkläre und denselben annehmbar finde. Der Vertrag wird von Deutschland, Frankreich und Belgien als den Hauptbeteiligten an dem Vertrage und von England und Italien als Garantiemächten unterzeichnet. Die endgültige Unterzeichnung soll in 2 Wochen in London erfolgen. Nachdem Deutschland seine Bereitwilligkeit, den Rheinpakt anzuerkennen, zugesagt, nahm die Konferenz in ihrer 8. Plenar-Versammlung den Text des Sicherheitsvertrages an.

Die Repräsentanten der Regierungen von Polen und der Tschecho-Slowakei wurden zu der Versammlung beigezogen, wo ihnen sodann der von sachverständigen Juristen ausgearbeitete Sicherheitsvertrag und in Verbindung damit die individuellen Schiedsgerichts-Verträge zwischen Deutschland einerseits und Belgien und Frankreich andererseits, welche von den Delegationen der in Frage kommenden Länder angenommen worden waren, vorgelegt wurden. Die Delegationen Polens und der Tschecho-Slowakei gaben dann ihrerseits eine Schilderung darüber, wie weit die Unterhandlungen der Regierungen der genannten Länder mit der Regierung des deutschen Reiches zwecks Abschluß von individuellen Sicherheitspakten und Schiedsgerichtsverträgen vorangeschritten seien. Nach weiteren Beratungen wurden auch die Schiedsverträge über Deutschlands Ostgrenzen angenommen.

Der von der Sicherheitskonferenz im Entwurf angenommene Rheinpakt verpflichtet die Unterzeichner, Frankreich, Deutschland und Belgien gegenseitig, von Angriffen oder Einfällen auf das Gebiet des anderen Landes und von Krieg abzustehen. England und Italien sind Garanten dieser Verpflichtung und sie versprechen, ihr ganze Streitmacht gegen irgendeinen der drei an dem Pakt beteiligten Länder aufzubieten, welches die Bedingungen verletzen sollte.

Frankreich wird zugestanden, gewisse Rechte unter dem Versailler Vertrage zu behalten und namentlich besondere Schritte zu ergreifen, sollte Deutschland einen feindlichen Akt durch Errichtung von Befestigungen am linken Rheinufer oder innerhalb 50 Kilometer des östlichen Rheinufers begehen oder bewaffnete Streitkräfte in diesem Raum halten.

Der Pakt hört auf, sobald gemeinsame Strafmaßnahmen gegen eine Angreifernation von der Völkerliga angeordnet werden, oder wenn auf Grund von Artikel 15 des Ligastatuts und wegen Unstimmigkeit des Ligarats über einen Streitfall die Ligamitglieder Schritte anordnen, die sie zur Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit für notwendig halten sollten.

Außer dem Rheinpakt sind Schiedsverträge zwischen Deutschland und Frankreich und Belgien erzielt worden, die eine Ergänzung des Paktes bilden.

Schließlich kommt noch das „Gentlemen's Abkommen", wonach England, Frankreich, Italien und Belgien die beruhigende Mitteilung an Deutschland gelangen lassen, daß sie Artikel 16 des Ligastatuts dahin auslegen werden, daß keine Beiträge zu Strafmaßnahmen von Mitgliedern über ihre Mittel hinaus erwartet werden können. Dies Abkommen wird die Form eines Schreibens erhalten, welches Deutschland der Befürchtung enthebt, daß die Auswirkung von Ligasanktionen das Land in Schwierigkeiten mit Rußland bringen würden.

Deutschlands angebliche Vorteile.

Deutschland wird nach den vorläufigen Mitteilungen aus dem Sicherheitspakt angeblich folgende Vorteile gewinnen:

Gleichberechtigte Zulassung zu dem Rat der europäischen Nationen;

Räumung des Kölner Brückenkopfes;

Wiederherstellung der Handelsschiffahrt, indem Deutschland die gleichen Rechte wie die übrigen Länder für die Entwicklung der Luftschiffahrt und des Flugwesens zu nichtmilitärischen Zwecken erhalten soll;

Die Räumung des Kölner Besatzungs-Abschnittes soll als Anerkennung gelten, daß das Deutsche Reich allen seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage nachgekommen sei, mit Ausnahme einiger unwichtiger Punkte, über die man sich glücklich zu einigen beabsichtigt;

Die politischen Verhältnisse im besetzten Rheinland, das Gerichtswesen und die Tätigkeit der Rheinland-Kommission der Entente sollen gebessert werden;

Wiedererwägung der Saarfrage, indem man die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet zu beschleunigen gedenkt;

Befreiung von der Furcht vor Sanktionen wegen Nichterfüllung von Bestimmungen des Versailler Vertrages, sowie von der Verpflichtung der Annahme der Entscheidung von zwei oder drei Nationen in außenpolitischen Streitfragen, da Deutschland ebenso wie den anderen Vertragsmächten das Recht eingeräumt wird, gegen eine Entscheidung der anderen Vertragsmächte an ein Tribunal zu appellieren, in welchem neutrale Nationen vertreten sein sollen.

Dafür, daß die Ententemächte sich verpflichten, für eine Auslegung des Artikels 16 des Ligapaktes im Sinne der deutschen Regierung zu wirken, erkennt das Deutsche Reich ausdrücklich an, daß der Völkerbund allein befugt sei, einzelne Bestimmungen des Ligapaktes auszulegen, sowie die Bedingungen zum Anschluß an die Liga festzusetzen.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Unerhörtes französisches Urteil

Mainz, 19. Okt. — In der Gegend der rheinhessischen Stadt Alzei manövrierte im April die Besatzungstruppe. Von dem Wachttore wurde im Verlaufe des Manövers ein Schloß von der Zugangspforte von französischen Soldaten abgeschraubt. Nach Beendigung der Uebungen ließ der Oberbürgermeister Dr. Hille das Schloß wieder in Ordnung bringen und stellte der Besatzungsbehörde 15 Reichsmark für ein neues Schloß in Rechnung. Diese Summe wurde beanstandet; denn das alte Schloß fand sich in einer Ecke des Turmes wieder; seine Anbringung hätte nur 1.80 Reichsmark gekostet. Wegen der Mehrforderung und weil der Bürgermeister sich nicht davon überzeugt hatte, daß das alte Schloß noch vorhanden gewesen, wurde er vom französischen Militärpolizeigericht zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Ob wohl die nächst höhere Instanz das unglaubliche Urteil aufheben wird?

Unterschlagung bei der Reichsbank

Berlin, 17. Okt. — Eine Unterschlagung, wie sie in der Geschichte der Reichsbank ohne gleichen dasteht, wurde durch die Präsentierung eines gefälschten Schecks in der Höhe von 600,000 Mark und die Verhaftung von Franz Arnold, dem früheren Oberrechnungsführer der Charlottenburger Zweigstelle der Reichsbank, ans Licht gebracht. Arnold wird beschuldigt, in eine lange Reihe von Unterschlagungen, die sich insgesamt auf 500,000 Mark belaufen, verwickelt zu sein. Diese Anklage folgte seiner Verhaftung als Mitunterzeichner des gefälschten Schecks von 600,000 Mark.

Arnold war am 1. Oktober in den Ruhestand versetzt worden. Seit seinem Austritt aus dem aktiven Dienst sollen, wie es heißt, in den Büchern zahlreiche falsche Eintragungen gefunden worden sein. Allgemein wird angenommen, daß Arnold in der Bank verschiedene Helfer gehabt hat.

Der Gesamtverlust der Reichsbank ist noch nicht festgestellt.

Kurssturz der Lira

Rom, 14. Okt. — Der Kurs der Lira ist heute auf 123 für 1 Pfund Sterling und auf 25.50 für einen Dollar gefallen. Industrieaktien und Regierungsbonds hatten auch einen beträchtlichen Kursrückgang zu verzeichnen.

Jugoslawische Willkür

Wien, 19. Okt. — Die südslawische Regierung hat das Deutsche Haus in Cilli, die Sammelstätte der noch in Südsteiermark und Südkärnthen ansässig gebliebenen Deutschen, enteignet und einem besonders für diesen Zweck gegründeten slowenischen Vereine als „Narodni Dum" übertragen. Die Verfügung der Regierung ist um so unbegreiflicher, als sämtliche angerufene Gerichte das Eigentum des deutschen Vereins anerkannt und die Auslieferung an den slowenischen Verein für rechtswidrig erklärt hatten. Nunmehr haben die fünf deutschen Abgeordneten der Skuptschina, Dr. Grahl, Dr. Moser, Dr. Kraft, Schumacher und Dr. Neuner, eine ausführliche Klageschrift an den Völkerbund ausgearbeitet, um an dieser Stelle eine Abänderung der getroffenen Verwaltungsmaßnahmen zu erreichen. Die Einreichung der Klageschrift ist jedoch von einem Mitgliede der Regierung verhindert worden, indem den Abgeordneten mit Vergeltungsmaßnahmen gegen sie und die Deutschen des Banats gedroht wurde. Daß es gelingen werde, trotzdem den Völkerbund für diese empörende Vergewaltigung zu interessieren, erscheint bei der jetzigen Lage recht zweifelhaft, es sei denn, daß von österreichischer Seite eine bezügliche Anfrage gestellt würde.

Rundfunk aus der Tiefe

Helgoland, 19. Okt. — Zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Radios hat ein Taucher versucht, sich Tausenden von Hörern durch Rundfunk aus der Meerestiefe verständlich zu machen.

Das Experiment erwies sich als durchschlagender Erfolg. In dem etwa 100 Meilen entfernten Hamburg wurde die Beschreibung des Tauchers über seine Eindrücke auf dem Boden der Nordsee deutlich vernommen.

Frankreichs Verluste in Syrien

Paris, 19. Okt. — Die französischen Verluste in Syrien seit der Uebernahme des dortigen Ligamandats seitens Frankreichs bis zum vergangenen 31. Juli d. J. haben die hohe Ziffer von 6052 Toten und Verwundeten erreicht.

Diese Meldung erstattete Premier Painleve in der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer. Er fügte hinzu, daß die Verluste des Sueidia-Feldzugs während der Monate September und Oktober noch nicht festgestellt seien.

Das Mandat für Syrien war Frankreich durch den obersten Rat der alliierten Mächte am 25. April 1920 zugeteilt worden. Die Zuteilung wurde vom Völkerbund am 23. Juni 1922 bestätigt.

Erneute Kämpfe in China

Shanghai, 17. Okt. — Nach einer Meldung aus Soochow hielten Soldaten einen Zug an, auf welchem Silas Strawn, der amerikanische Vertreter für die chinesische Zollkonferenz, nach Peking reiste. Strawn wurde auf einen andern Zug gebracht, um nach Shanghai zurückzukehren. Dieser Zug wurde aber 20 Meilen von Shanghai angehalten und die Soldaten verlangten, daß er nach Soochow fahre.

Konsularbeamte treffen umfassende Maßnahmen für den Schutz von Passagieren. Außer Strawn und seiner Tochter waren E. M. Perkins, ein technischer Fachmann des Staatsamtes, seine Frau und sonstige ausländische Passagiere auf dem Zuge. Eine Bewegung der Chekiang-Truppen, welche die mandschurischen Streitkräfte von Chang Tso-Lin bekämpfen, gegen die Shanghai—Nanking Bahn wurde gemeldet. Die mandschurischen Truppen zogen ihnen entgegen. Der Ueberfall auf den Zug weist darauf daß eine der Abteilungen sich der Bahn zwischen Wushi und Soochow bemächtigt hat.

Zehntausend Chekiang-Soldaten zogen in Shanghai ein. Bei der Besetzung wurde kein einziger Schuß abgefeuert.

Aushebung eines britischen Revolutionsnestes

Verhaftung und gerichtliche Verfolgung von Kommunisten

Beschlagnahme von Propagandamaterial

London, 17. Okt. — Die britische Regierung ist scharf hinter den Kommunisten her, die sich in letzter Zeit im Lande sehr rührig zeigten und durch Verbreitung von Pamphleten über das Radio auf Armee und Flotte einzuwirken suchten in der Absicht, eine Meuterei zustande zu bringen.

Das kommunistische Hauptquartier zu London wurde ausgehoben, desgleichen ein anderes Kommunisten-Zentrum der Stadt. Eine beträchtliche Zahl der Nachfolger und Verehrer des roten Banners, worunter sich recht prominente Leute befinden sollen, wurden in Haft genommen. Gegen sämtliche der Verhafteten wurde gerichtlich vorgegangen. Es wurden Anklagen gegen dieselben erhoben, in denen sie beschuldigt werden, sich zum Zwecke der Revolution gegen die bestehende Regierung verschworen zu haben.

In einer Rede, die er vor noch nicht sehr langer Zeit hielt, erklärte Sekretar Hicks, daß Kommunisten, die britische Untertanen seien, zum Schutze durch die Regierung berechtigt seien, solange sie sich in den in der Verfassung vorgezeichneten Linien halten. Es wird angenommen, daß die Behörden zu der Schlußfolgerung gekommen sind, daß die Nachfolger der roten Fahne diese Linie überschritten und auf der unrichtigen Seite derselben angelangt sind.

Die Beschlagnahme von Wagenladungen von Dokumenten und Schriftstücken, Rechnungsbüchern und anderweitiger Literatur, die nach der Scotland Yard abgeführt wurden, läßt annehmen, daß die Regierung glaubt, daß die Partei der Kommunisten für gewisse revolutionäre Vorgänge in England verantwortlich zu halten sei.

Es wurde den Kommunisten vorgeworfen, daß sie eine Kampagne, bei der Anwendung von Gewalt eine Rolle spielen dürfte, vorbereiten, daß sie das Publikum zu terrorisieren beabsichtigen und das allgemeine Vertrauen zu untergraben planen und daß sie sich außerdem mit dem Plan befassen, fremdländische Verbrecher aus europäischen Ländern und aus Amerika zur Realisierung ihrer Zwecke ins Land zu bringen.

Wie es heißt, wurden von Gebrüder-polizisten der Scotland Yard Haussuchungen in mehreren Privatwohnungen in London und auf dem Lande vorgenommen. Unter den Verhafteten befand sich auch Albert Inkpin, Sekretär der Kommunistenpartei und längere Zeit einer der Ehrenpräsidenten der Kommunistischen Internationale.

John Campbell, Redakteur von „The Workers Weekly", der gleichfalls in Haft genommen wurde, wurde im Jahre 1924 unter der Anklage der Anzettelung einer Empörung prozessiert. Er entging der Verurteilung als der damalige Premierminister McDonald von der Arbeiterpartei es unterließ, das Beweismaterial, das er gegen den Angeklagten in Händen hatte, zur Geltung zu bringen. Die Zahl der bei der Jagd auf die Versammlungsplätze der Kommunisten vorgenommenen Verhaftungen wurde nicht bekannt gegeben.

Soweit indes bekannt wurde, befindet sich außer den Genannten noch unter den Verhafteten Harry Pollitt, Sekretär der nationalen Bewegung im Interesse der Minoritäten, E. Cant, Organisator der Partei; W. Rust, Sekretär der Liga der Jung-Kommunisten, und T. H. Wintringham vom Redaktionsstabe des „Workers Weekly". Wie ferner mitgeteilt wird, wurden Haftbefehle gegen zwei weitere Exekutivbeamte der Kommunisten-Partei, W. Gallacher und T. Bell ausgestellt.

Harry Pollitt wurde im letzten März, als er nach Liverpool fuhr, um dort einer Demonstration beizuwohnen, vom Zuge geholt, nach einigen Tagen jedoch von seinen Entführern wieder freigelassen.

Auch Inkpin ist den britischen Behörden bekannt aus seinen kommunistischen Umtrieben während des Parlamentary Labor Kongresses.

Die Kommunistenführer, die im Parteihauptquartier in London in Haft genommen worden waren, wurden im Bow Str. Polizeigericht vorgeführt und der Verschwörung zwecks Anstiftung von Aufruhr und Meuterei angeklagt. Der Kommunist Thos. Bell wurde zu Glasgow und W. Gallacher zu Paisley verhaftet. Beide werden nach London abgeführt.

Das unruhige Albanien

Bukarest, 17. Okt. — Die Exekutive der recht zahlreichen albanischen Kolonien in Bukarest bezugt in einem geharnischten Manifest für den 28. November d. J. die Delegierten aller albanischen Ausland-Organisationen nach Bukarest zu einem Kongreß ein, um gegen die vom gegenwärtigen Präsidenten der albanischen Republik Achmed Zogu „eigenmächtig vorgenommene Abtretung zweier wichtiger Gebietsgebiete Albaniens an Jugoslawien zu protestieren.

Es handelt sich um die Gebietsteile von Vermon, ferner um das für jeden christlichen Albanier altehrwürdige Kloster von Naum, die beide seit 1913, dem Geburtsjahr des selbständigen albanischen Staatswesens, wiederholt und ausdrücklich von verschiedenen internationalen Konferenzen als albanisches Gebietsgebiet ohne Vorbehalt anerkannt wurden.

Nicht Worte, sondern Taten!

Wir erhalten viele Zuschriften aus unserem Leserkreis, aus denen **die Beliebtheit des „Courier" klar** ersichtlich ist. Wir freuen uns darüber, daß die werten Abonnenten unserer Zeitung ein wachsendes Interesse und ein zunehmendes Wohlwollen entgegenbringen. Unser redliches Bemühen wird es sein, dafür zu sorgen, daß wir auch in Zukunft des allgemeinen Vertrauens würdig sind.

Doch die treue Anhänglichkeit unserer Leser sollte sich weniger durch Worte als vielmehr

durch Taten

beweisen. Was ist unter diesen „Taten" zu verstehen? Selbstverständlich zunächst die **pünktliche Bezahlung des eigenen Abonnements,** dann aber auch eine **eifrige Werbearbeit zur Gewinnung neuer Freunde für den „Courier".** Wer einen Verwandten oder einen deutschsprechenden Nachbarn kennt, der noch nicht zur großen Armee der Courierleser gehört, sollte ihn ansprechen, ihn auf die Vorzüge des „Courier" aufmerksam machen, ihm manchmal auch eine Couriernummer, die man selbst schon gelesen hat, zur Ansicht geben. Wenn alle auf diese Weise arbeiten, dann wird es leicht sein, in kurzer Zeit

Hunderte von neuen Lesern

wie im letzten Winter zu erwerben und damit unsere deutschcanadische Sache zu stärken.

Wer für seine Bemühungen eine kleine Entschädigung haben will, kann von den $2.50 des neuen Abonnenten 50 Cents für sich behalten oder kann auf Wunsch einen neuen Courierkalender für 1926 als Belohnung bekommen.

„Nicht Worte, sondern Taten!" möge im Herbst und Winter das Losungswort **für alle unsere deutschsprechenden Freunde in allen Teilen Westcanadas** sein!